

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Anke Fuchs MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesarbeitsminister, erläutert, was Frauen von der Politik erwarten: Schritte in die richtige Richtung. Seite 1

Rolf Böhme MdB beschreibt attraktive Möglichkeiten eines neuen Gesetzes: Wohnungsmodernisierung per Bausparvertrag. Seite 3

Axel Wernitz MdB kündigt an, daß das Parlament den Datenschutzbericht sorgfältig analysieren wird: Warnung vor Vorabkritik. Seite 5

Renate Schmidt MdB legt dar, wie Kohl und Wörner das Motto "Rüstung statt Bildung" kreieren: Die Unionskatze, die nie im Sack war! Seite 6

Peter Ulrich MdB zur Situation der Berliner SPD: Ziel ist der Wahlgang 1985. Seite 7

Dokumentation

Helmut Schmidt zum 40. Jahrestag der "Wannsee-Konferenz". Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 14

21. Januar 1982

Schritte in die richtige Richtung

Frauen erwarten praktische Hilfen von der Politik

Von Anke Fuchs MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für
Arbeit und Sozialordnung

Die Einführung des Mutterschaftsurlaubs vor mehr als zwei Jahren war ein großer Erfolg. Dies geht aus dem Ende Dezember veröffentlichten Bericht der Bundesregierung über den Mutterschaftsurlaub hervor. Von hundert jungen erwerbstätigen Müttern haben im ersten Halbjahr 1981/82 den Mutterschaftsurlaub in Anspruch genommen; 1980 waren es erst 88 Prozent. 1981 wurden für das Mutterschaftsgeld einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge insgesamt 1,2 Milliarden Mark aufgewendet. Auch wenn ein voller Einkommensersatz über 750 Mark hinaus nicht möglich war und zunächst nur die Mütter und nicht die Väter einbezogen wurden, haben die Arbeitnehmerinnen den Mutterschaftsurlaub voll angenommen und unmißverständlich ihre Zustimmung zum Ausdruck gebracht.

Die Zahlen belegen, daß wir mit dieser gesetzlichen Maßnahme einen Schritt in die richtige Richtung getan haben, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Als weiteren Schritt haben wir Sozialdemokraten im Essener Wahlprogramm die Einführung eines Elternurlaubs beschlossen. Über den eingeführten bezahlten Mutterschaftsurlaub hinaus wollen wir einen Anspruch auf Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie schaffen, der Müttern und Vätern zugute kommt. Wir wollen es beiden Eltern möglich machen, ihre kleinen Kinder selbst zu betreuen, und zwar ohne daß es dabei zu einseitigen Benachteiligungen der jungen Frauen im Beruf kommt. Allerdings wird es noch nicht gelingen, einen Elternurlaub mit Einkommensersatz bis zum Kindergartenalter einzuführen. Aber auch ein einjähriger Elternurlaub oder der Anspruch bei der Eltern auf Teilzeitbeschäftigung - wie es das Beamtenrecht bereits kennt - mit sozialversicherungsrechtlicher Absicherung und vor allem mit Arbeitsplatzgarantie wäre eine große Hilfe für junge Eltern.



Besondere Schwierigkeiten haben erwerbstätige Eltern auch im Krankheitsfall kleiner Kinder. Wir müssen deshalb die Freistellung mit Lohnausgleich verbessern, vor allem auch für die über eine halbe Million alleinerziehenden Eltern. Fünf Tage im Jahr für Kinder bis zu acht Jahren reichen nicht aus, wenn niemand die Betreuung übernehmen kann. Allerdings gilt es auch, die Väter zu ermuntern, ihren Anspruch wahrzunehmen. Bekanntlich können auch versicherungspflichtige Väter fünf Tage im Jahr bei Krankheit ihrer Kinder einspringen.

Zur Zeit nutzen nur rund zehn Prozent diese Möglichkeit. Wenn es uns gelingt, daß sich in Zukunft auch Väter stärker an der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder beteiligen, wird ein wichtiger Grund für die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt an Gewicht verlieren. Unabhängig davon müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben durchzusetzen. Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir Sozialdemokraten uns für wirksame Maßnahmen gegen die Diskriminierung im Arbeitsleben eingesetzt. Um die EG-Richtlinie über die Gleichstellung der Frauen umzusetzen, haben wir das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz verabschiedet. Die ersten Erfahrungen zeigen, daß es sich für die Arbeitnehmerinnen zusammen mit den Gewerkschaften lohnt, dieses Gesetz auch zur Hilfe zu nehmen. Zu Recht haben viele bei der Verabschiedung die Frage gestellt, warum die Beweislast mit diesem Gesetz nicht völlig umgekehrt wurde und warum nicht schärfere Sanktionen bei Diskriminierung am Arbeitsplatz vorgesehen wurden. Da diese Verbesserungen damals nicht durchzusetzen waren, müssen wir Sozialdemokraten weiter dafür kämpfen. Wir fordern nach wie vor die Umkehr der Beweislast, wirksame Sanktionen und die Pflicht zur geschlechtsneutralen Stellenausschreibung. Für Sozialdemokraten ist dies wichtiger als vollmundige Forderungen nach einem Antidiskriminierungsgesetz.

Unsere Arbeitswelt ist auch kein rechts- und vertragsfreier Raum, für dessen Gestaltung wir neue Bürokratien mit Scheinkompetenzen brauchen. Was wir brauchen, ist eine praktische zielgerichtete Politik und die Solidarität aller Arbeitnehmer.

Die Politik für Frauen steht vor konkreten Aufgaben. Um das Ziel einer Gleichstellung von Frauen vor allem in der Arbeitswelt praktisch umzusetzen, müssen diese in Angriff genommen werden.

(-/21.1.1982/ks/ca)

+ + +



Wohnungsmodernisierung per Bausparvertrag

Ein neues Gesetz eröffnet Mietern attraktive Möglichkeiten

Von Rolf Böhme MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Das neue Jahr 1982 eröffnet auch für Mieter neue Möglichkeiten, durch neue gesetzliche Regelungen bei der Modernisierung ihrer Mietwohnung eigene Initiativen zu verwirklichen. Nach einem Vorschlag der Bundesregierung wird es den Mietern ermöglicht, Renovierungen und Modernisierungen ihrer Mietwohnungen jetzt auch mit Hilfe von Bauspardarlehen vorzunehmen. Nicht jeder Bausparer will oder kann sich heute ein Haus am Stadtrand oder auf der grünen Wiese kaufen oder bauen. Steigende Energiekosten, ein immer noch hohes Zinsniveau und längere Anfahrtswege zur Arbeit können Gründe sein, den Bau oder Kauf eines Eigenheimes in die Zukunft zu verschieben oder aufzugeben.

Eine stattliche Zahl von Mietern hat deshalb schon in der Vergangenheit begonnen, auf eigene Rechnung und häufig ohne ausreichende Rechtssicherheit die eigene Mietwohnung zu renovieren und zu modernisieren.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der am 1. Januar 1982 in Kraft getreten ist, sieht vor, daß der Bau und Kauf von Wohneigentum der Modernisierung von Mietwohnungen durch Mieter beim Bausparen gleichgestellt wird. Nunmehr können Mieter ihre Bausparverträge für die Modernisierung ihrer Mietwohnungen verwenden, ohne die staatlichen Wohnungsbauprämien beziehungsweise die Steuervergünstigungen zu verlieren. Diese Darlehen brauchen nicht in das Grundbuch eingetragen zu werden, da der Mieter praktisch sein durch Modernisierung erworbenes "Gut" abwohnt.

Die durch Renovierung und Modernisierung entstandenen und belegten Aufwendungen können mit der Bausparkasse über das Bauspardarlehen abgerechnet werden.

Um den Mietern bei umfangreicheren Modernisierungen ihrer Mietwohnung möglicherweise auftretenden Rechtsfragen zu helfen, hat der Bundesminister der Justiz Mustermietverträge ausarbeiten lassen. Sie beziehen sich insbesondere auf folgende mietrechtlichen Fragen:



- Eine Modernisierung der Wohnung durch den Mieter darf grundsätzlich nur mit Zustimmung des Vermieters erfolgen.
- Die zwischen Mieter und Vermieter getroffene Vereinbarung wird Bestandteil des Mietvertrages und gilt auch für einen eventuellen Rechtsnachfolger des Vermieters.
- Das ordentliche Kündigungsrecht entfällt für eine bestimmte Abwohndauer. Während dieses Zeitraums dürfen vom Mieter durchgeführte Modernisierungsmaßnahmen nicht zu Mieterhöhungen nach dem Vergleichsmietensystem herangezogen werden.
- Der Mieter verzichtet bei seinem Auszug auf das sogenannte "Wegnahmerecht". Im Rahmen der Modernisierung angeschaffte Anlagen und Einrichtungen gehen damit in das Eigentum des Vermieters über.
- Endet das Mietverhältnis vorzeitig, so muß dem Mieter der Restwert seiner Aufwendungen erstattet werden. Sein Anspruch soll sich vom Zeitpunkt der Modernisierung ab um jährlich elf Prozent der aufgewendeten Kosten mindern.

Ich bin überzeugt, daß die entsprechend den Vorschlägen der Bundesregierung in Kraft getretenen Neuregelungen den Wünschen zahlreicher Mieter entgegenkommt, auch in einer Mietwohnung sich eine dem eigenen Lebensgefühl entsprechende Wohnung herzurichten.

Es ist damit zu rechnen, daß die neuen gesetzlichen Möglichkeiten der Mietermodernisierung auch neue Aktivitäten insbesondere auch der kleinen und mittleren Betriebe des Ausbau- und Installationsgewerbes ergeben und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Diese Maßnahme, mit der den berechtigten Wünschen und Bedürfnissen der Mieter und Bausparer Rechnung getragen wird, paßt auch konjunkturpolitisch in die Landschaft.

(-/21.1.1982/vo-he/ca)

+

+

+



Warnung vor Vorabkritik

Das Parlament wird den Datenschutzbericht sorgfältig analysieren

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Mit der Vorlage eines jährlichen Tätigkeitsberichtes kommt der Bundesbeauftragte für den Datenschutz einem vom Gesetzgeber gewollten Auftrag nach, die verschiedenen Bereiche der Bundesverwaltung mit der Meßlatte des Datenschutzes zu kontrollieren und zu beraten und diese Tätigkeit gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu dokumentieren. Die bisher vorgelegten vier Berichte belegen, daß Professor Bull seine Aufgaben nach dem Bundesdatenschutzgesetz intensiv und konsequent wahrnimmt. Stellt der Bundesbeauftragte Verstöße gegen Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes oder gegen andere Datenschutzbestimmungen oder sonstige Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten fest, so beanstandet er dies. Mit der Beanstandung kann er Vorschläge zur Beseitigung der Mängel und zur sonstigen Verbesserung des Datenschutzes verbinden.

Der Datenschutzbeauftragte handelt im Sinne des Gesetzes, wenn er die Handhabung der Datenschutzvorschriften durch die Bundesbehörden in seinen Tätigkeitsberichten ungeschönt, kritisch und engagiert darstellt und würdigt. Bei dem vorgegebenen Spannungsverhältnis beziehungsweise Zielkonflikt zwischen den Möglichkeiten und Wünschen der Datenverarbeitung einerseits und den rechtlich-gesetzlichen Auflagen zum Schutz des Bürgers vor unzulässiger Datenverarbeitung personenbezogener Daten andererseits sind unterschiedliche, ja kontroverse Wertungen des Tätigkeitsberichtes durchaus natürlich.

Der Datenschutzbeauftragte handelt im Sinne des gesetzlichen Auftrages, wenn er - wie ja geschehen - neben der Darstellung positiver Entwicklungen einschließlich der abgestellten Mängel auch die Palette datenschutzrechtlicher Monita und Defizite dokumentiert. Parlament und Öffentlichkeit haben Anspruch darauf, daß in diesen Tätigkeitsberichten sowohl die Aktiva als auch die Passiva des Datenschutzes aktuell präsentiert werden. Die parlamentarische Aufarbeitung des Vierten Tätigkeitsberichtes wird zeigen, ob und inwieweit dies in vollem Umfange gelungen ist oder wo Korrekturen in der Detailbewertung geboten sind. Vor überzogener pauschaler Vorabkritik im Schnellschußverfahren am Tätigkeitsbericht und dem Bundesbeauftragten im jetzigen Stadium ist deshalb zu warnen.

Auch dieser Tätigkeitsbericht und die sich jetzt daran anschließende öffentliche Kontroverse gibt Anlaß darauf hinzuweisen, daß es zu einem konstruktiven und disziplinierten Dialog zwischen Sicherheitsbehörden und Datenschutzexperten keine vernünftige Alternative gibt. Nur eine so verstandene Kommunikation kann das objektiv gegebene Spannungsverhältnis zwischen Datenschutz und Sicherheit für die Optimierung der Bürgerrechte im demokratischen Staat fruchtbar machen. Auch jetzt gilt es eine falsche und gefährliche Konfrontation zwischen innerer Sicherheit und Datenschutz zu vermeiden. Denn es geht hier im Grunde um Bürgerrechte, die nicht gegeneinander aufgerechnet werden dürfen, sondern die miteinander verbunden bleiben müssen. In allen anstehenden Einzelfragen dieses Bereiches kommt es darauf an, überzeugende Antworten auf den Auftrag des Grundgesetzes zu finden, effektive Sicherheit in klaren rechtlichen Grenzen - einschließlich des Datenschutzes - zu finden.

(-/21.1.1982/ks/ca)

+ + +



Die Unionskatze, die nie im Sack war!

Kohl und Wörner kreieren das Motto "Rüstung statt Bildung"

Von Renate Schmidt MdB

Mitglied im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

In der Situation war es interessant, von der Sache her nichts Neues: Auf die Frage des Bundeskanzlers, wo die Union die großen Einsparmöglichkeiten sieht, antwortete Helmut Kohl: Beim Bafög und bei der Arbeitslosenversicherung.

Die Bildungsexperten der CDU/CSU propagieren schon lange Absurditäten: Die Förderung für sitzengebliebene Schüler zu streichen, für Studenten noch mehr Leistungsnachweise zu fordern und die ganze Förderung auf Darlehen umzustellen. Im Klartext liest sich das dann so: Wenn du reiche Eltern hast, darfst du dir Versagen leisten!

Bei der Diskussion werden folgende Tatsachen immer wieder geflissentlich verschwiegen:

- Nach der HIS-Studie studieren Bafög-Studenten (warum wohl?) wesentlich schneller als ihre nichtgeförderten Kollegen.

- Obwohl die sozialdemokratischen Sprecher einhellig eine weitere Verschärfung der Nachweisregelung ablehnen, sind sie bereit, eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen - vielleicht ist dieses Thema dann endgültig vom Tisch.

- Es besteht nach wie vor keine hinreichende Erklärung dafür, wem eine generelle Darlehensregelung letztlich nutzt.

Die Diskussion der Union geht in die falsche Richtung. Richtig ist es, folgende Grundsatfragen zu stellen: Warum sollen Schüler und Studenten öffentliche Finanzmittel zu ihrer Ausbildung erhalten? Denn schließlich wird durch diese finanzierte Ausbildung die Einkommenssituation in der Regel erheblich verbessert.

Nun muß natürlich gefragt werden, wer wieviel bekommt. Ein nach Bafög geförderter Student erhält durchschnittlich höchstens 3.720 DM cirka zehn Semester lang. Seine Höchstudierendauer ist begrenzt, einen Leistungsnachweis muß es in jedem Fall erbringen.

Nebenbei entstehen dem Steuerzahler durch den Studenten, ob Bafög gefördert oder nicht, sogenannte "Hochschulinvestitionsaufwendungen" zwischen 2.990 DM (für einen Studienplatz der Rechtswissenschaften) und 29.350 DM (für einen Medizinplatz ohne Krankenversorgung). Wenn man nun ebenfalls die obligatorischen zehn Semester zugrunde legt, kommen runde Summen zustande.

Der nichtgeförderte Student kann unbegrenzte Zeit studieren. Er unterliegt nicht dem Druck, Leistungsnachweise führen zu müssen. Für ihn ergibt sich die wahrhaft schmackhafte Phantasie, unter der Option, daß er sich leisten kann, ein Leben als Student zu verbringen.

Wenn man also die Reglementierungsdiskussion führt, wenn man über Akademikersteuern spricht, wenn man die Darlehensregelung in Erwägung zieht, kann nicht der Bezug von Bafög das Kriterium sein. Einzig und allein die Tatsache der Inanspruchnahme eines Studienplatzes und das zu erwartende Einkommen kann als Diskussionsgrundlage dienen.

Zweiter Ansatzpunkt wäre ein Appell an die Solidarität der Studierenden mit denen, die auf einen Studienplatz warten. Die Verweildauer an den Universitäten wäre auf diese Art sicher einfacher zu verringern, als durch weitere Regelstudienzeiten.

Das Motto der CDU/CSU während der Haushaltsdebatte war eindeutig: Umschichten der konsumtiven Investitionen zugunsten der investiven.

Für Sozialdemokraten allerdings sind Ausgaben für Bildung, wie schon oft betont, investiver Art. Daran wird sich auch nichts ändern. Woher also die Verwirrung? Vielleicht wird alles klarer, wenn man die Debattenstrategie der CDU/CSU analysiert: Kohl fordert die Abschaffung des Schüler-Bafögs, sein Fraktionsvize Wörner die Aufstockung des Verteidigungsetats. Da frage sich noch einer, woher Schlagworte wie "Rüstung statt Bildung" kommen.

(-/21.1.1982/hj/ca)



Ziel ist der Wahlgang 1985

Die Berliner SPD muß aus dem Trott der Selbstbeschäftigung heraus

Von Peter Ulrich MDA

Landesvorsitzender der Berliner SPD

Seit dem vergangenen Jahr befinden wir Berliner Sozialdemokraten uns in der Opposition. Nach drei Jahrzehnten Regierungsverantwortung ist dies eine neue und schmerzliche Erfahrung. Aber wir akzeptieren diese neue Rolle, die uns von den Wählern zugewiesen wurde, ohne Wenn und Aber. Dies gilt für die gesamte Wahlperiode. Unser Ziel ist die Zurückgewinnung des Vertrauens im Wahlgang 1985.

Eine jahrzehntelange Regierungspartei wie die SPD kann Opposition nur konstruktiv begreifen. Wir kennen die Sorgen und Probleme der Stadt zu gut, als daß wir uns bloßes Nein-Sagen oder gar Blockaden des Regierungshandelns leisten könnten.

Danach müssen wir nach Lage der Dinge die Aufgabe einer konstruktiven Opposition weitgehend allein erfüllen: Die FDP ist als Oppositionspartei durch die Haltung der Mehrheit ihrer Fraktion im Abgeordnetenhaus praktisch ausgeschaltet. Es kommt hinzu, daß diese Partei von finanzkräftigen Personen aus dem Berliner Baubereich als neues lukratives Spekulationsobjekt entdeckt worden ist. Die Berliner Liberalen gehen einen schweren Gang. Wir dürfen sie jedoch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, weil sich zur Abwehr illiberaler Aktivitäten des Senats stets dann eine Mehrheit ergibt, wenn die FDP-Fraktion geschlossen dagegen stimmt.

Die "Alternative Liste" hat es nach ihrem Selbstverständnis als Teil der außerparlamentarischen Opposition besonders schwer, konstruktiv zu operieren. Sehr langsam nur gelingt es ihr, mit ihren neuen parlamentarischen Aufgaben und Möglichkeiten fertig zu werden.

Die SPD kann ihrer Aufgabe als weitgehend alleinwirksames Gegengewicht zum Senat nur gerecht werden, wenn neben die parlamentarisch-handelnde Fraktion eine wache und geistig produktive Partei tritt. Dabei können einige Austritte, wie wir sie im vergangenen Jahr zu verzeichnen hatten, auch hilfreich sein. Die Partei hatte in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung einen Bauch von Opportunisten angesetzt, der sie manchmal träge werden ließ. Derartiges Abspecken ist wohltuend.

In der Partei müssen wir möglichst viele Mitglieder zu aktiven Mitarbeit mobilisieren. Entscheidender aber ist, daß die Parteiorganisation sich neu öffnet für schöpferische Kräfte und Anregungen von innen und von außen. Und außerhalb der SPD gibt es viele Menschen, die das direkte Engagement einer Parteimitgliedschaft scheuen und doch politisch aktiv und anregend sind. Für ihre Beiträge müssen wir noch stärker als bisher offen sein. In der Partei verbreitete Selbstgenügsamkeit und Ignoranz müssen überwunden werden. Voraussetzung dafür ist, aus dem Trott der übergroßen Selbstbeschäftigung herauszukommen.

Die Partei muß in der Opposition lernen, sich in ihrer öffentlichen Aussage auf einige wenige, aber wesentliche Themen zu beschränken. Und sie muß den Mut haben, ihre Konzepte zu diesen Themen immer und immer wieder laut und deutlich zu vertreten. Sie darf keine Angst vor Wiederholungen haben. Wir müssen allerdings mehr Phantasie bei der Variation der Darbietung aufbringen.

Dies gilt insbesondere angesichts der Einseitigkeit großer Teile der Berliner Medien. Politische Äußerungen von Vertretern der größten Oppositionspartei sind dort selten zu finden. Um so mehr kommt es darauf an, durch eigene Veranstaltungen, Foren, Stadtteilzeitungen und Flugblätter die oft vorhandene "Gummiwand der öffentlichen Meinung" zu durchbrechen. Dafür muß die Breite der nach wie vor größten Berliner Parteiorganisation genutzt werden.

Die wichtigsten politischen Themen für das Jahr 1982 in Berlin stehen fest:

1/ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Durch die von uns gemeinsam mit den Gewerkschaften vorbereitete Reform der Berlinförderung, durch die Verwirklichung unseres mittelfristigen Finanzkonzepts, das rund eine Milliarde DM für beschäftigungswirksame Maßnahmen verfügbar macht und durch ein realistisches Maßnahmenkonzept, wie es gerade jetzt von uns vorgelegt wurde.

2/ Erhaltung der Mietpreisbindung für Altbauten. Bisher haben wir erreicht, daß die CDU ihre mieterfeindlichen Pläne aufgeben mußte, die Mietverhältnisse ab 1. Januar 1983 und

preisgebundene Altverträge und ungeschützte Neuverträge zu spalten. 1982 geht es vor allem darum, die Pläne des Senats zu bekämpfen, Mieterhöhungen ohne Rücksicht auf den Instandhaltungszustand zuzulassen und durch die Hintertür die Mieten sprunghaft zu erhöhen.

3. Fortführung der Friedens- und Entspannungspolitik in Berlin und Deutschland. Wir werden dafür eintreten, daß die Politik des Dialogs und des partiellen Interessenausgleichs zwischen beiden deutschen Staaten im Interesse der Menschen gerade unserer geteilten Stadt fortgesetzt wird. Berliner Sozialdemokraten verstehen sich aufgrund ihrer besonderen Erfahrungen als Motor dieser Politik in der Gesamtpartei. Wir kämpfen gegen ein Zurück zum Kalten Krieg.

4. Sicherung des Gemeinschaftsfriedens in unserer Stadt. Wir treten weiter ein für das Bemühen um einen möglichst breiten Konsens bei der Lösung des Problems der Hausbesetzungen und in der Auseinandersetzung mit Minderheiten. Wir stehen für die Berliner Linie der Toleranz und Liberalität gegen Polarisierung und Konfrontation.

5. Geduldige Beiträge zur Lösung des Ausländerproblems. Wir bleiben dabei, daß die Grenze der Belastbarkeit in Berlin erreicht und teilweise überschritten ist und unterstützen deshalb die Eindämmung des weiteren Zuzugs von Ausländern. Zugleich müssen aber alle Anstrengungen unternommen werden, die Integration derer zu erleichtern, die dazu bereit sind. Toleranz und Geduld sind Richtschnur unserer Ausländerpolitik.

Zu all diesen Themen haben wir im vergangenen Jahr klare Positionen erarbeitet. Wir gehen inhaltlich gut vorbereitet in das Jahr 1982. Der Senat Weizsäcker/Lummer hat zur Bewältigung dieser Aufgaben bisher herzlich wenig beitragen können. Die CDU hat keine neuen Ideen entwickelt, die Berlin helfen könnten. Bestenfalls ist es Richard von Weizsäcker in einigen Teilbereichen - wie etwa in der Berlin- und Deutschlandpolitik - gelungen, seine Partei zur Hinnahme einer Fortsetzung der Politik sozialliberaler Regierungszeiten zu bewegen. Oft zähneknirschend und mit wenig Überzeugung ist die CDU ihm gefolgt. Die Ovationen für Heinrich Lummer auf dem letzten Parteitag der CDU haben freilich gezeigt, wo das Herz der Berliner Union wirklich schlägt.

Der Regierende Bürgermeister muß in dieser Situation lavieren. Sein Senat beschränkte sich bisher weitgehend auf Nichts-Tun. Die Parole lautet: Um Gottes Willen nicht regieren, da man Fehler machen könnte! Die Ausnahme ist der Innensenator, der - wie zum Beispiel in der Ausländerpolitik - mit der Rückendeckung der Parteibasis konsequent mit den liberalen und toleranten Traditionen Berlins brechen konnte. Nur mühsam kann der Regierende Bürgermeister ihn noch zurückpfeifen. Die Berliner CDU bleibt eine Partei des provinziellen Miefs, weit davon entfernt selbstgesteckten Zielen einer Image-Kampagne von der "großstädtischen Union" gerecht zu werden.

Die Berliner Sozialdemokratie hat wie keine andere politische Kraft die Geschichte Berlins in den Jahrzehnten nach dem Ende der Nazi-Herrschaft gestaltet. Natürlich haben wir dabei Fehler gemacht, und wir bekennen uns zu ihnen. Aber unter dem Strich bleibt folgendes wahr: Von der Bewältigung des Wiederaufbaus über den Widerstand gegen die kommunistische Bedrohung bis zur Entspannungspolitik und schließlich der bewußten Hinwendung zur Stadtpolitik sind nahezu alle entscheidenden Impulse für die positive Entwicklung Berlins von Sozialdemokraten ausgegangen. Es ist nicht zu erkennen, daß dies zukünftig anders sein wird. Erinnerungen an eine ruhmreiche Vergangenheit helfen freilich allein wenig. Sie zeigen allerdings, daß wir Sozialdemokraten keinen Grund haben, in der Opposition unser Haupt mit Asche zu bestreuen. Ungebeugt und selbstbewußt müssen wir die Berliner davon überzeugen, das unser Konzept für die Bewältigung der Aufgaben von heute und morgen besser ist.

Dabei müssen wir über die Bewältigung der konkreten Berliner Probleme hinaus auch unseren geistigen Beitrag zur Beantwortung der großen Fragen leisten, die über unsere Stadt hinaus reichen. Der scheinbare Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie und die Bedrohung des Friedens stehen hierbei an erster Stelle. Gerade für die Diskussion dieser Fragen muß die Partei sich für Menschen außerhalb ihrer Reihen öffnen.

In einer Demokratie geht der politische Wettbewerb selten um "Alles oder Nichts". Entscheidend ist vielmehr das Maß, in dem politische Werte und Ziele erreicht werden. Auch für Berlin geht es um mehr Demokratie, mehr Liberalität und Toleranz, mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit; es geht um weniger Provinzialismus und obrigkeitstaatliches Denken. Diesem Wettbewerb wollen wir uns 1982 stellen. Unser Ziel ist der Wahlgang 1985. Wir werden hart arbeiten.



D O K U M E N T A T I O N

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat am Mittwoch zu Beginn der Kabinettsitzung im Namen der Bundesregierung folgende Erklärung abgegeben:

Male der Scham und Bitterkeit

Vor 40 Jahren trafen die nationalsozialistischen Machthaber die organisatorischen Vorbereitungen zu dem, was im Wortgebrauch des Unmenschen "die Endlösung der Judenfrage" genannt wurde. Auf ihrer Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 faßten sie unter Leitung des SS-Gruppenführers Reinhard Heydrich Beschlüsse, die für die Juden Europas auf Mord hinauslaufen.

Zuerst hatten in Deutschland die Synagogen gebrannt, die jüdischen Mitbürger waren entrechtet, gedemütigt und verfolgt worden; von jetzt an rollten die Züge aus ganz Europa in die Vernichtungslager von Auschwitz, Treblinka und Birkenau, von Majdanek und Sobibor.

Daten wie dieses Datum bleiben in der deutschen Geschichte unauslöschlich. Sie bleiben die Male der Scham und der Bitterkeit und zugleich die Male der unaufhörlichen Mahnung an uns, das "Nie wieder!", das am Anfang der Bundesrepublik stand, Tag für Tag in unserem Handeln, Sprechen und Denken zu verwirklichen.

Daß mörderischer Judenhaß kein Betriebsunfall der Geschichte war, sondern daß er eine dauernde Bedrohung von Menschenrecht und Humanität bleibt - das hat der Anschlag auf das israelische Lokal in Berlin wieder vor Augen geführt. Am Ort der Wannsee-Konferenz hat ein Kind des Antisemitismus wegen das Leben verloren, haben Mitbürger ihre Gesundheit eingebüßt.

Wir dürfen nicht nachlassen, der tödlichen Menschenverachtung und dem Rassenhaß leidenschaftlich zu widerstehen. Nur so erfüllen wir den Lebenssinn unseres demokratischen Rechtsstaates, der uns von der eigenen Geschichte aufgegeben ist. Nur so auch vermögen wir unseren jüdischen Mitbürgern erfahrbar zu machen, daß sie ohne Angst unter uns leben können.

Wer von ihnen der Vernichtung entkam, der kann nicht vergessen. Wir alle dürfen nicht vergessen - um unseres Landes und seiner Zukunft willen und um der Versöhnung willen.

(-/21.1.1982/vo-he/oa)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

